

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]

Gesendet: Dienstag, 30. April 2013 09:28

An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)

Betreff: Stadtteilschule: Behörde erschwert freiwilligen Wechsel von Gymnasiasten (WWL-Info-Mail Nr. 53/2013)

WWL-Info-Mail Nr. 53/2013

Hamburg, 30. April 2013 - Stadtteilschule: Behörde erschwert freiwilligen Wechsel von Gymnasiasten

Absurder geht es kaum: Während sich sämtliche Betroffenen Lehrkräfte, Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern einig darin sind, dass die 2010 als neue Schulform aus den bisherigen Haupt- und Realschulen sowie Gesamtschulen gegründeten Stadtteilschulen gestärkt werden müssen, haben Schulsenator Rabe und seine Schulbehörde jetzt ein **Sofort-Programm zur Abschottung der Stadtteilschulen vor Gymnasiasten** aufgelegt, die zwischen den Jahrgangsstufen 7 und 10 freiwillig vom Gymnasium auf eine Stadtteilschule wechseln möchten:

Mit dem in Kopie anliegenden **Rundbrief an die Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen vom 26. April 2013** hat die Behörde alle Schulleitungen darauf hingewiesen, dass „...**ab diesem Jahr, ... Eltern, deren Kind die zurzeit besuchte Schule nicht verlassen muss, sondern freiwillig wechseln will, über die aktuelle Gesetzeslage informiert sein müssen. Es gilt § 45 des Hamburgischen Schulgesetzes. Danach sind Schulwechsel innerhalb der Sekundarstufe I – außer beim Übergang aus der Jahrgangsstufe 6 des Gymnasiums – grundsätzlich nicht vorgesehen und bedürfen deshalb einer Einzelfallprüfung.**“ [Hervorhebungen WWL]. Zusätzlich fordert die Behörde jetzt von den Schulleitungen, dass diese: „... **die Gründe für den Wechselwunsch in einer zusätzlichen Anlage zum Antragsformular**“ darlegen. Verpflichtend sei darüber hinaus ab sofort: „**eine pädagogische Stellungnahme der abgebenden Schule einschließlich einer Falldokumentation**“ [Hervorhebungen WWL]. Das Ganze ist von der Behörde zusätzlich in ein enges Zeitraaster gepresst worden (siehe Anlagen), wobei die Behörde mehrfach hervorhebt, dass **Aufnahmezusagen im Vorgriff auf Entscheidungen der Schulplatzvergabebesitzung am 14.6.2013 „nicht zulässig“** seien.

Wenn man sich vor Augen führt, dass das ganze Procedere einzig dem Zweck dienen soll, Gymnasiasten auch bei unzureichenden Leistungen, starker Überforderung und gegen ihren Willen auf den Gymnasien festzuhalten und dort in eine mehrjährige Prozedur von ggf. mehreren nachmittäglichen „Förderkursen“ zu zwingen, kann man nur den Kopf schütteln.

Pädagogisch sinnvoll und im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler geboten ist eine Durchlässigkeit der Schulformen auch und gerade in der Sekundarstufe I (Jahrgangsstufen 5 – 10). Die seinerzeit *politisch* gewollte Abschaffung dieser Durchlässigkeit und die **Abschottung der Schulformen**, die mit dem Primarschul-Paketgesetz vom Oktober 2009 und der Einführung der Stadtteilschulen ihren unseligen Weg ins Hamburger Schulgesetz gefunden haben sind aus heutiger Sicht ein Anachronismus, der im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler, vor allem aber auch im Interesse einer Stärkung beider Schulformen: der Stadtteilschulen und der Gymnasien, **dringend rückgängig gemacht** werden sollten!

Während die Schulbehörde die Stadtteilschulen durch ihr Sofort-Programm zur Abschottung vor wechselwilligen Gymnasiasten schwächt, berichtet das Hamburger Abendblatt heute über ein **10-Punkte-Programm**, dass im Falle seiner Umsetzung die Stadtteilschulen stärken kann:

Hamburger Abendblatt v. 30.4.2013: CDU will Stadtteilschulen in Hamburg stärken

<http://www.mobil.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article115724346/CDU-will-Stadtteilschulen-in-Hamburg-staerken.html>

Zu den 10 Punkten gehören u. a. folgende Maßnahmen:

- Die acht beruflichen Gymnasien (für Pädagogik und Psychologie, Wirtschaft sowie Technik), die bislang Berufsschulen zugeordnet sind, sollen in die Stadtteilschulen integriert werden.

- Von Sommer 2014 an sollen die Lehrer der Stadtteilschulen nach dem Prinzip der "äußeren Differenzierung" unterrichten.
- Die Naturwissenschaften sollen wieder auf einem erhöhten Anforderungsniveau als einzelne Fächer unterrichtet werden.
- Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen wieder auf der Basis einer Einzelfalldiagnostik eine individuelle Förderung durch Sonder- und Sozialpädagogen erhalten.
- In keiner Klasse einer Stadtteilschule sollen "mehr als vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult werden".

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

Immer aktuell: FORUM BILDUNG HAMBURG

Diskutieren Sie bildungspolitische Themen im Live-Chat

Facebook: <http://www.facebook.com/groups/303593083088365/>

**„Wir wollen lernen!“
Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.**

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-224
E-Mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

**Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689**

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative, mit der beim bundesweit beachteten Volksentscheid vom 18.7.2010 die Einführung einer 6-jährigen Grundschule („Primarschule“) in Hamburg gestoppt werden konnte, stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.